

CDU:

Berlin, Schlüssel zur Entspannung

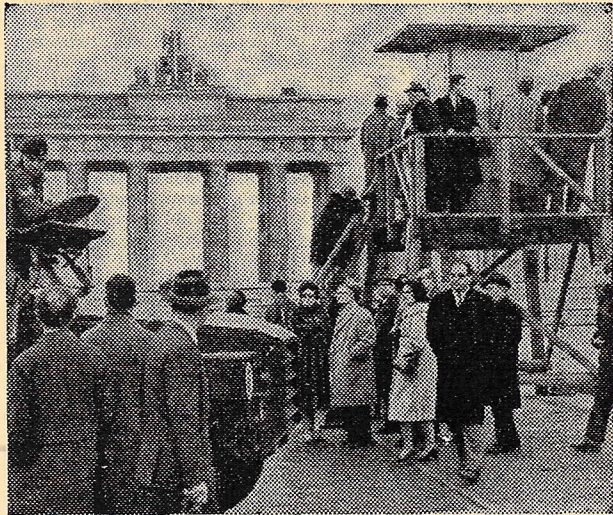
Brentano bezeichnet das sowjetische Memorandum als primitive Propaganda

Frankfurt (dpa/ap). Alle politischen Entscheidungen der Bundesrepublik in der nächsten Zeit seien vom latenten Ost-West-Konflikt bestimmt, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Brentano, in Frankfurt. Die Ost-West-Spannung könne nicht gelöst werden ohne Antwort auf das Berlin-Problem. Es gebe aber nur eine Lösung für Berlin innerhalb einer Gesamtlösung für das ganze Deutschland. Das sowjetische Memorandum vom Dezember bezeichnete der frühere Außenminister als erschreckend, da es einen kaum glaublichen Mangel für den Realitätssinn offenbare. Mit einer solch „primitiven und dummen Propaganda“ könne man in der Bundesrepublik „keinen Hund vor den Ofen locken“, sagte Brentano.

Die angesehene amerikanische Zeitung „New York Times“ befaßte sich ebenfalls mit dem sowjetischen Memorandum in Bonn. In dem Bericht heißt es: „Sowjetische Diplomaten haben eine neue Serie unauffälliger, aber entschlossener Versuche unternommen, die Westdeutschen davon zu überzeugen, daß es für sie von Vorteil wäre, wenn sie mit Moskau direkt Gespräche führten. Von der raschen Ablehnung des kürzlichen sowjetischen Memorandums unbeeindruckt, haben die Diplomaten eine Anzahl Politiker und Journalisten ausgesucht, um ihnen die Aussichten zukünftiger sowjetisch-deutscher Beziehungen zu erläutern.“

Die Diplomaten bedeuteten ihnen, daß die Regierung Bundeskanzler Adenauers das Memorandum fälschlicherweise als

(Fortsetzung auf Seite 2)



Mitglieder des Europarates und der Atlantischen BÜrgerschaft am Brandenburger Tor. (Foto: dpa)

Sowjets als KZ-Wächter

Mit Pistolen hinter den Vopos postiert

Nachdem erst vor wenigen Tagen ein geflüchteter Grenzpolizist Einzelheiten über die Kontrolle der Vopos und Grenzpolizisten entlang der Grenzen um Westberlin durch Angehörige der Sowjetarmee berichtet hatte, werden jetzt von Westberliner Beobachtern derartige Angaben bestätigt.

In der noch auf Westberliner Gebiet liegenden Vorhalle des S-Bahnhofs Bornholmer Straße wurden Sowjetsoldaten festgestellt, die mit einem Scherenfernrohr die Umgebung beobachteten. Ein Offizier und zwei

Mann der sowjetischen Besatzungstreitkräfte sollen dort ständig postiert sein. Auch in der bereits auf Ostberliner Gebiet liegenden Kontrollbaracke des Amtes für Zoll- und Warenkontrolle ist ein Zimmer für Sowjets reserviert.

Westberliner Grenzstreifen an der Osdorfer Straße in Lichterfelde beobachteten einen sowjetischen Major und einen mit Pistole und Fernglas ausgerüsteten sowjetischen Oberleutnant, die offensichtlich die Grenzbefestigungen und ihre Bewachung kontrollierten.

Der Fahneid

E.-A. J. Die Abgeordneten der Volkskammer erhoben sich am Mittwoch nach bewährtem Vorbild von ihren Plätzen und unterstrichen damit das Pathos, mit dem Diktaturen jeglicher Provenienz das Problem der Armee zu behandeln pflegen. Obschon sowohl die SED-Presse als auch Verteidigungsminister General Hoffmann sich zu der Behauptung verstiegen, das Wehrpflichtgesetz entspreche dem „Willen und der Forderung der Werktätigen der Re-

publik“, hatte man, entgegen der sonstigen Gewohnheit, von einer Übertragung im Fernsehen Abstand genommen.

Außerordentlich bemerkenswert ist das Tableau der Tugenden, die nach Meinung des Generals aus der Wehrpflicht den Betroffenen zuwachsen. Es seien „wahrhaft sozialistische Soldatentugenden, wie Mut, Kühnheit, Treue, Kameradschaft, Disziplin und Opferbereitschaft, Beharrlichkeit und Schöpferkraft“. Ja, ein neugeschaffener Fahneid läßt in Zukunft Hunderttausende schwören, „an der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder ... jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und das Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen“. Diesen Schwur werden Männer und Frauen vom 18. bis zum 60. Lebensjahr leisten müssen, und niemand kennt die Zahl derer, die ihn voller Abscheu über die Lippen bringen.

Man glaubt dem Minister aufs Wort, wenn er erklärt, die allgemeine Wehrpflicht sei „das zweckmäßigste System der Erfüllung einer sozialistischen Armee“. Es ist gewiß das zweckmäßigste System für die Kom-

munisten, ein ganzes Volk unter scharfer politischer Kontrolle halten, ein Volk, das ohne eingesperrt ist hinter Mauern und Stacheldraht.

Hoffmanns Bemerkung, man werde die Stärke der Zonenarmee nicht erhöhen, um den Weg zu einem Abkommen über die Begrenzung der Streitkräfte beider deutscher Staaten zur Errichtung einer militärisch verdünnten Zone in Mitteleuropa offenzuhalten, kann man nur als zynisch bezeichnen, wenn man bedenkt, daß seit einigen Wochen auf höchster Ebene Ost-West-Gespräche geführt werden, bei denen man sich um die Erhaltung des Friedens mindestens bemüht. In diese Beruhigung platzen Ulbrichts neue Provokationen hinein.

Und noch ein Gesichtspunkt sollte bei der Beurteilung nicht außer acht gelassen werden. Um die Versicherung Chruschtschows, des Separatfriedens für die „DDR“ und der Umwandlung Westberlins in eine „Freie Stadt“ ist es still geworden. Es scheint, als dienle die neuen Maßnahmen und die lautstarke Betonung der Souveränität dem Zweck, die Öffentlichkeit von den schweren Mißerfolgen abzulenken.



„Wat, wir soll'n die Wehrpflicht kriegen? Haben wir se denn nicht schon?“

CDU: Berlin, Schlüssel zur Entspannung

(Fortsetzung von Seite 1)

ein Versuch interpretiert habe, Bonn von seinen westlichen Verbündeten zu isolieren“, heißt es weiter. Tatsächlich, so betont sie, könne eine Normalisierung der westdeutschen-sovjetschen Beziehungen und sogar ein Anknüpfen herzlicher Bande ohne Schmälerung der Beziehungen Bonns zu seinen westlichen Verbündeten erreicht werden. Das jüngste Tun der Sowjets hat die westdeutsche Regierung vor Rätsel gestellt.

Wyszynski nach Rom

Papst ernannt polnische Bischöfe

Warschau (upi). Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Kardinal Wyszynski, wird im Februar nach Rom reisen, um an einer vorbereitenden Versammlung für das ökumenische Konzil teilzunehmen. Kirchliche Stellen in Warschau bestätigten am Donnerstag, daß der Kardinal bereits einen Diplomatenpaß erhalten habe. Ein genauer Termin für die Reise Wyszynskis wurde nicht bekanntgegeben.

Papst Johannes XXIII. hat vier polnische Bischöfe ernannt. Zwei von ihnen werden in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten tätig sein. Es sind Titularbischof Dr. Oblak in

Allenstein und Titularbischof Dr. Latusek in Breslau. Beide sollen die residierenden Bischöfe unterstützen.

Präses Scharf gewählt

DT. Zu seinem neuen Vorsitzenden wählte das Kuratorium der Gossner-Mission den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. Kurt Scharf. Präses Scharf tritt damit an die Stelle von Kirchenrat Dr. Christian Berg, der im Juli 1962 als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Missionsdirektors D. Hans Lokis die Leitung der Gossner - Mission übernehmen wird. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums wurde der Superintendent des Kirchenkreises Berlin - Schöneberg, Dr. Julius Rieger, gewählt.

„Berlin-Fragen sind lösbar“

Triumphaler Empfang für Lübke — Ignorierung Mikojans

Conakry (upi/dpa). Tausende singender und tanzender Guineesen bereiteten Bundespräsident Heinrich Lübke und seiner Begleitung in der Hauptstadt Guineas einen triumphalen Empfang. Im Unterschied zu der von der Öffentlichkeit kaum beachteten An- und Abreise des

tonnen großen Fischereiforschungskutter mit einer Spezialausrüstung zur Erforschung von Fanggründen und zur Erprobung von Fangmethoden.

In einem gemeinsamen Abschlußkommuniqué nach dem Besuch Lübkes in Liberia erklärte der liberianische Staats-



EHRENHÄUPTLING LÜBKE

stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan in der vergangenen Woche war die ganze Hauptstadt unterwegs, um den deutschen Gästen eine jubelnde Begrüßung zu bereiten.

Der Bundespräsident hielt für seine Gastgeber eine besondere Überraschung bereit. Der Küstenstaat Guinea empfing einen achtzig Bruttoregister-

präsident Tubman, das Deutschland- und Berlin-Problem könne auf der Basis der Charta der Vereinten Nationen auf zufriedenstellende Weise gelöst werden. Der Staatspräsident trat dafür ein, daß das Recht der Selbstbestimmung, das Afrika in den vergangenen Jahren im wachsenden Maße gewährt worden sei, auch in der übrigen Welt Anwendung finden sollte.

Gold-Schiebungen in der UdSSR

Unter den 50 Angeklagten zahlreiche Funktionäre

Moskau (ap). In der kirgisischen Sowjetrepublik ist die Polizei großangelegten Schiebungen auf die Spur gekommen, durch die der Staat um 30 Millionen Rubel geschädigt wurde. Presseberichten aus der Hauptstadt Frunse zufolge werden sich demnächst etwa 50 Personen, unter ihnen hohe Beamte und Funktionäre, vor Gericht zu verantworten haben.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, in zwei Textilfabriken durch Fälschung der Produktionsziffern und durch Ab-

schreibung einwandfreier Rohstoffe als Abfall beachtliche Vermögen erschwindelt zu haben. Die auf diese Weise beiseite geschafften Produkte wurden durch illegale Geschäfte und durch die staatliche Handelsorganisation vertrieben. Die Beamten der Handelsorganisation wurden durch Bestechungsgelder gefügig gemacht. Ferner wird den Beschuldigten vorgeworfen, unter Mißachtung der gesetzlichen Vorschriften Kinder und sogar schwangere Frauen in den von ihnen betriebenen

Keine Ausweise für die Leipziger Frühjahrsmesse

Frankfurt (upi). Die Industrie- und Handelskammern der Bundesrepublik stellen in diesem Jahr keine Ausweise zum Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse aus. Das Interesse der bundesdeutschen Industrie scheint im allgemeinen auch sehr gering zu sein. Neben der Firma Krupp haben auch die Klöckner AG und die Gutehoffnungshütte eine Beteiligung an der Messe grundsätzlich abgelehnt.

Geringer Wohnungsbau in der Sowjetzone

Köln (ap). In der Sowjetzone sind auch 1961 im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nur etwa halb soviet Wohnungen gebaut worden wie in der Bundesrepublik. Während es in der Bundesrepublik und in Westberlin rund 550 000 waren, wurden in der Zone einschließlich Ostberlin 90 600 Wohnungen fertiggestellt. Auf 1000 Einwohner sind damit im freien Teil Deutschlands fast zehn Wohnungen, in der Sowjetzone nur 5,3 Wohnungen gebaut worden.

„Berliner Mauer“ vor UNO

New York (dpa). Die Berliner Mauer wurde in der Debatte eines UNO-Unterausschusses als Beispiel der Verletzung eines grundlegenden Menschenrechtes gebrandmarkt. Der Debatte liegt ein Bericht über das Recht zum Verlassen des eigenen Landes zugrunde.

Textilfabriken beschäftigt zu haben. Bei den Angeklagten aus Frunse wurden 24 Kilo Mützen und Barrengold, 30 Kilo Silber und 16 Kraftwagen sichergestellt. Sie besaßen 47 Privathäuser. Anfang Januar waren gegen Leiter von Fabriken in Dscheskagan in der benachbarten kasachischen Sowjetrepublik ähnliche Vorwürfe erhoben worden.

Vopo hat Befehl zum Menschenraub

Geflüchtete Grenzpolizisten sagten aus — Von Doppelposten ins Kreuzfeuer genommen

Einzelheiten über den schwersten Grenzwischenfall, der sich seit dem 13. August ereignet hat, wurden durch Aussagen von zwei geflüchteten Grenzpolizisten bekannt. Der eine von ihnen war Zeuge des Menschenraubes, der am 9. Dezember vergangenen Jahres von Angehörigen seiner Einheit in dem Zonengrenzstreifen zwischen Seeburg und Spandau verübt wurde.

Nach der Schilderung der in der Nacht vom 2. zum 3. Januar geflüchteten 19- und 20jährigen Grenzpolizisten waren vier Westberliner Jugendliche am Stacheldraht von zwei Doppelposten ihrer Einheit unter ein mörderisches Kreuzfeuer genommen worden. Nur zwei von ihnen gelang es zu flüchten, zwei andere warfen sich in eine Mulde, die mehr als 100 Meter weit auf Westberliner Gebiet lag. Die Munitionsabrechnung bei der Vopo-Einheit ergab, daß insgesamt 67 Schuß auf sie abgegeben worden waren. Nachdem mit Sicherheit angenommen werden konnte, daß die Schüsse getroffen hatten, zwängten sich Feldwebel Peter Grund und Soldat Wilfried Schulz an einer Bodensenkung unter dem Stacheldraht hindurch. Der unverletzte 17jährige Rainer Schröter wurde unter Drohung mit der Maschinenpistole aufgefordert mitzukommen. Als er trotzdem stehenblieb, gab Schulz vor ihm einen Schuß in die Erde ab. Daraufhin mußte er nachgeben. Der durch vier Beckenschüsse schwerverletzte 19jährige Martin Sonnabend wurde ebenfalls mitgeschleift.

Leibesvisitation

Bei der 3. Kompanie der 2. Brigade der 1. Abteilung dieser an der Grenze eingesetzten kommunistischen Bereitschaftspolizei mußte sich der 17jährige völlig ausziehen und seine Kleidung untersuchen lassen. Zu seiner Vernehmung aber mußte ein sowjetischer Oberst abgewartet werden. Bis zum folgenden Tag um 15 Uhr wurde über den gesamten Vorfall Sprechverbot verhängt.

Diese Grenzverletzung genügte den Kommunisten aber noch nicht. Im Morgengrauen des Tages kletterten fünf Angehörige des Staatssicherheitsdienstes — zum Teil in Zivil — erneut durch den Zaun, während acht Posten zum Feuerschutz eingeteilt wurden, die sofort schießen mußten, wenn Westberliner Polizei eingreifen würde. Unter diesen Wächtern befand sich einer der beiden jetzt Geflüchteten. In aller Ruhe wurde nun eine halbe Stunde lang das Gelände abgesucht und fotografiert. Von einer angeblich dabei gefundenen Pistole sprach erst am nächsten Tag ein Polit-Offizier. (Untersuchungen der Westberliner Polizei ergaben, daß mit Sicherheit von den Jugendlichen keine Waffen mitgeführt wurden.)

150 Ostmark Prämie

Soldat Schulz sowie zwei weitere an der Schießerei beteiligte Soldaten wurden befördert und erhielten je 150 Ostmark Prämie. Der unmittelbar vorher zum Feldwebel beförderte Peter Grund erhielt 200 Ostmark sowie die „Verdienstmedaille der deutschen Grenzpolizei“.

Außerdem wurde allen ein Sonderurlaub in Aussicht gestellt. Diese hinterhältige Tat gab den letzten Ausschlag zur Flucht der beiden Grenzpolizisten.

Die Aussagen der beiden Flüchtlinge ergaben aber noch mehr: Sie zeigten die psychologischen Auswirkungen von Fehlern, die auf westlicher Seite gemacht werden, und brachten Anregungen für eine wirksamere Aufklärung der Tausende von Zwangsuniformierten entlang unserer Sektoren- und Zonengrenze. Beide wollen in die Bundesrepublik ausgeflogen werden. Warum? Weil sie gesehen haben, wie sich fünf Angehörige des ebenso verhaßten wie gefürchteten „Stasi“ eine halbe Stunde lang ungestört tief in Westberliner Gebiet tummeln konnten. Sie fürchten also um ihre Sicherheit. „Wir wissen ja, wie viele vom Stasi 'rüberkommen ...“, sagte einer wörtlich.

Die zunehmende Überwachung durch die Sowjets wird auch von ihnen bestätigt. Die wohl wichtigste Aussage jedoch, die auch den westalliierten Schutztruppen in Berlin zu denken geben sollte, ist die bezüglich ihrer Anweisungen gegenüber Personen auf Westberliner Gebiet in der Nähe der Grenzhindernisse. „Jeden Tag haben wir eine Stunde vor dem Grenzdienst Instruktionen anzuhören. Verwundete und Tote, ganz gleich, sind 'rüberzuholen.“

CDU-Erfurt gegen Mauer

Erfurt (dpa). Funktionäre der Zonen-CDU im Bezirk Erfurt haben auf einer Aussprache die Beseitigung der Mauer in Berlin und der Verhau an der Zonengrenze gefordert. Einem Bericht zufolge erklärten die Zonen-CDU-Mitglieder, die einzige Möglichkeit, der Wiedervereinigung Deutschlands näherzukommen, bestehe darin, die „Grenzsicherungsmaßnahmen gegenüber Westdeutschland rückgängig zu machen und die Schutzmauer in Berlin wieder zu entfernen“.

Sie wollten nicht helfen

Berlin. — Die Volkspolizei weigerte sich am Ausländer-Grenzübergang Friedrichstraße, ein wichtiges Medikament, das für einen Empfänger in Lodz in Polen bestimmt war, weiterzuleiten. Ein Vertreter des Roten Kreuzes erhielt die Antwort, er möge sich an die Polnische Mission in Westberlin wenden. Das Medikament wurde von einer Polizeistreife dort abgeliefert. Die Mission sicherte zu, daß das Päckchen sofort nach Polen weitergeleitet würde.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2